Ä251 Kein Widerspruch: Freiheit und Sicherheit

Antragsteller*in: LAG Demokratie
Beschlussdatum: 28.09.2018

Text

Von Zeile 1823 bis 1825:
Die Verfahrensdauer in Brandenburg zählt zu den längsten bundesweit, ~~wodurch es~~was das Vertrauen in den Rechtsstaat schwer beschädigt. Dies führt auch regelmäßig zu sogenannten „Strafrabatten“ für Verurteilte ~~kommt~~. Ursache ist eine ~~gravierende~~andauernde Personalnot und der hohe Krankenstand ~~bei Richtern und Staatsanwälten~~im gesamten Justizwesen, aufgrund von Arbeitsbelastung und Personalengpässen~~. Noch schlimmer sieht es in den Gefängnissen aus~~. Durch die Überalterung und die damit verbundene hohe Anzahl an Bediensteten, die in den kommenden Jahren in Pension gehen, wird sich das Problem sogar noch weiter verschärfen. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen wir den Rechtsstaat reaktionsschnell machen und eine angemessene Verfahrensdauer erreichen. Kleine Amtsgerichte und Außenstellen möchten wir erhalten und alle Formulare via Internet erreichbar machen. Diese wollen wir in puncto Verständlichkeit deutlich verbessern. Für die Umsetzung aller Maßnahmen bedarf es ausreichend, entsprechend ausgebildetes Personal. Die angekündigten Verbesserungen sind nicht ausreichend, insbesondere in den Berufen des einfachen und mittleren Dienstes.

~~Ein Teil des Personalmangels lässt sich auf besonders hohe Hürden für Frauen in der Justiz zurückführen. Der Frauenanteil im höheren Dienst der Justiz (Besoldungsstufen ab R2) liegt bei unter einem Drittel. Je höher die Besoldungsstufe ist, desto geringer ist in der Regel der Frauenanteil. Auch daher fordern wir eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, u.a. durch alternative Erprobungsmodelle für Richterinnen und Staatsanwältinnen. Davon profitieren letztlich auch die Männer.~~

~~Im Jugendvollzug steht für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund.~~ Statt Gefängnis-Karrieren zu befördern oder Menschen einfach wegzusperren setzen wir ~~wie auch beim Erwachsenenvollzug~~im Justizvollzug auf die Chance auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Das grundsätzlich gut aufgestellte Strafvollzugsgesetz des Landes mit seinem Fokus auf Resozialisierung wollen wir dahingehend auch konsequenter umsetzen. Eine gelungene Resozialisierung ist der beste Schutz für die Bevölkerung. Die Diskussion über Gewalt wird vor allem nach besonders drastischen Fällen immer wieder auf das Strafrecht verengt. Doch anstatt medienwirksam nach drakonischen Strafen zu rufen, brauchen wir dringend eine Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt, insbesondere bei Jugendlichen. ~~Gleichermaßen~~ Im Jugendvollzug steht für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund.

Wir wollen ~~wir auch~~außerdem Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung schaffen~~,~~ und Gerichte entlasten z.B. durch Umstrukturierungen - wie Amtsanwält*innen und Rechtspfleger*innen in Rheinland-Pfalz - ~~und~~sowie der Zurückdrängung von Ersatzfreiheitsstrafen.